



KANTONSRATS PROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

M 654 Motion Koch Hannes und Mit. über einen Steuerrabatt für Wenigfahrende / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Hannes Koch hält an seiner Motion fest.

Hannes Koch: Die Meinungen zu meiner Motion gehen stark auseinander. Ziel der Motion ist es, für Personen, die das Auto bereits heute wenig benutzen, einen Anreiz zu schaffen, dabei zu bleiben. Der Vorstoss müsste auch der CVP und der FDP gefallen, denn er handelt von keiner einseitigen Verbotspolitik, fördert die Eigenverantwortung und lenkt. Im Vorfeld habe ich oft gehört, dass es eine viel zu komplizierte Regelung sei. Nachdem ich entsprechende Abklärungen gemacht habe, hat sich herausgestellt, dass eine relativ einfache Lösung möglich wäre. Zudem wurde moniert, dass die verbrauchsabhängige Finanzierung bereits über die Treibstoffabgaben geregelt sei. Die Treibstoffabgaben gehen aber zum grössten Teil an den Bund und nicht an den Kanton. Die Regelung führt dazu, dass Personen, welche die Infrastruktur wenig nutzen, auch wenig zahlen. Die Einnahmen von rund 60 Millionen Franken würden nur wenig zurückgehen. Es wäre also eine verkraftbare Lösung, zumal die Strassenkassen voll sind. Das Geld daraus wird zu 30 Prozent in den öV investiert und zu 70 Prozent in den Strassenverkehr. Alle indirekten Kosten betreffend Gesundheit, Luftverschmutzung und Lärm werden weder aus den kantonalen Verkehrsabgaben noch aus den nationalen Treibstoffabgaben finanziert.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Uns sind vor allem zwei Punkte wichtig: Wir wollen effektive und effiziente Massnahmen, also möglichst viel Klimaschutz pro Franken. Zudem wollen wir keine neuen Steuern und Abgaben unter dem falschen Deckmantel einer Lenkungsabgabe. Genau das passiert aber mit diesem Vorstoss. Die Motion bringt Fehlanreize. Der Vollzug ist ebenfalls schwierig. In der Stellungnahme der Regierung fehlen zwei Punkte: Die Massnahme führt insbesondere zu einem Mitnahmeeffekt; sie führt zu weniger Ertrag, ohne dass etwas passiert. Derjenige, der wenig fährt, erhält einfach zusätzlich einen Rabatt. Genau solche Massnahmen braucht es nicht. Zudem würde dieses Geld beim Strassenbau und beim öV fehlen.

Hans Lipp: Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Der administrative und finanzielle Aufwand für die Einführung und Kontrolle steht in keinem Verhältnis zum möglicherweise erzielten Nutzen. Es ist bekannt, dass der Verkehr wesentlich zum Ausstoss von Treibhausgasen und damit zum Klimawandel führt. Deshalb sollte es weniger Autos geben, und die Leute sollten dazu gebracht werden, keine Autos mit Verbrennungsmotoren mehr zu kaufen. Das wäre ein guter Lösungsansatz für die Bevölkerung in der Stadt und der Agglomeration. Dort besteht ein sehr gutes öV-Angebot. Eigentlich müsste die Bevölkerung aus der Stadt und der Agglomeration 150 Prozent der Verkehrssteuern bezahlen, wenn man sich den Luxus eines Autos leisten will. Man kann den Spiess auch umdrehen und in ländlichen Gebieten die Steuer bei 100 Prozent belassen, das wäre eine faire Lösung, und

es würden mehr Mittel generiert. Ich habe ab 20.30 Uhr keine Möglichkeit mehr, von Schüpfheim mit dem öV ins Emmental zu fahren. Deshalb bin ich auf das Auto angewiesen. Mit der erhöhten Steuer würde man in der Stadt und der Agglomeration Anreize zum Car-Sharing schaffen. Der öV würde dadurch ebenfalls gestärkt. Mit den Mehreinnahmen könnte der Kanton bei den Gebäuden zusätzliche Fördergelder zur Klimaverbesserung ausschütten.

Simone Brunner: Die SP-Fraktion lehnt die Motion ab. Wir sind mit dem Motionär darin einig, dass Anreize bestehen sollten, möglichst wenig Auto zu fahren, um auch den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Die Motion setzt nicht bei der Wurzel des Problems an. Mit einem Steuerrabatt für Wenigfahrende wird eine Vielzahl von Menschen benachteiligt, die aus strukturellen Gründen nicht auf das motorisierte Fahrzeug verzichten kann. Klimamassnahmen sollen nicht zu neuen sozialen Benachteiligungen führen. Der Vollzug dieser Massnahme ist aus unserer Sicht viel zu bürokratisch. Die Meldung und Kontrolle von Kilometerangaben sind mir genauso ein Rätsel wie ein Fahrzeugwechsel. Wie sieht eine Lösung im Bereich Car-Sharing aus? Wir sehen vielmehr im Bereich einer Lenkungsabgabe auf Benzin und Diesel eine Möglichkeit. Dadurch kann ein sozialverträglicher Anreiz geschaffen werden, ohne einen grossen bürokratischen Apparat aufbauen zu müssen. Die knappen Mittel des Kantons sollen in wirksame Massnahmen gesteckt werden und nicht in den Aufbau einer riesigen Bürokratie.

Roland Fischer: Wir anerkennen das Anliegen des Vorstosses. Steuerabzüge sind aus Sicht der GLP aber das falsche Mittel, und wir lehnen solche mit wenigen Ausnahmen grundsätzlich ab. Die Mitnahmeeffekte solcher Steuerabzüge sind zu gross. Ich würde selber wohl auch in den Genuss dieses Abzugs kommen, aber es würde deshalb trotzdem nicht zu einer CO₂-Reduktion kommen. Steuerabzüge sind auch nicht sehr sozial, denn es profitieren davon vor allem Personen mit einem hohen steuerbaren Einkommen. Eigentlich sollten wir in die gegenteilige Richtung gehen und die externen Effekte des Strassenverkehrs stärker versteuern und den Ertrag zurückverteilen. Wer mehr fährt, sollte auch mehr Steuern bezahlen, als es heute der Fall ist. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Patrick Hauser: Die Motion weist auf den ersten Blick sympathische Züge auf. Setzt man sich weiter mit der Materie auseinander, zeigt sich schnell, dass es zu einer grossen Benachteiligung gewisser Bevölkerungsgruppen kommt. Es ist naheliegend, dass der Vorstoss aus der Agglomeration stammt. Aber auch in der Stadt gibt es Gebiete, die über keine gute öV-Anbindung verfügen, etwa den Littauerberg. Autos, die wenig benutzt werden, sind in der Regel auch ältere Modelle und stossen entsprechend mehr CO₂ aus. Die Umsetzung und Kontrolle der Motion stellen wir uns schwierig vor. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab

Hannes Koch: Die Strassenbaukassen sind zwar voll, aber dem Kanton fehlen die Ressourcen, um alle Projekte umzusetzen. Zudem ist das Geld zwischen dem öV und dem motorisierten Individualverkehr nicht optimal verteilt.

Der Rat lehnt die Motion mit 86 zu 13 Stimmen ab.